



Joshua Frey

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Joshua Frey, MdL, Konrad-Adenauer-Str. 12, 70173 Stuttgart



JOSHA FREY

Europapolitischer Sprecher

Mitglied im Sozialausschuss

Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 Stuttgart

Telefon (0711) 2063-645

Telefax (0711) 2063-14645

Mail: josef.frey3@gruene.landtag-bw.de

Stuttgart, den 9. November 2017

Sehr geehrte Präsidentin,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Anlass dieser Debatte ist der jüngste Bericht der Landesregierung über aktuelle europapolitische Themen.

Herzlichen Dank für diesen Bericht, der durch aktuelle Entwicklungen in der EU mal wieder überlagert wird.

Wie wichtig europäische Regulierung in vielen Bereichen ist, offenbart sich diesen Tagen wieder einmal auf eindruckliche Art und Weise:

Die Enthüllungen zu den Paradise-Papers vom letzten Wochenende zeigen, wie dringend wir die Europäische Union und ihre Regulierung benötigen.

Der Skandal zeugt einmal mehr vom Versagen einzelner nationaler Politiken bei der Bekämpfung von Steuerflucht.

Denn eines ist klar:

Steueroasen und legale wie kriminelle Methoden der Steuervermeidung lassen sich nur gemeinsam in der Europäischen Union mit unseren europäischen Partnern trockenlegen.

Deutsche Steuereinnahmen in Höhe von 17 Milliarden Euro jährlich sollten wir nicht einfach verloren geben, sondern sie im Sinne der Steuergerechtigkeit und des Gemeinwohls unseren Bürgerinnen und Bürgern zufließen lassen!

Es gäbe ja durchaus wirksame Mittel gegen Steuertricks von Konzernen und Reichen – sie müssen nur auf europäischer Ebene auch von allen eingeführt und angewandt werden.

Was fehlt, ist der politische Wille!

Auch in Deutschland.

Wir müssen jedweder Art der Steuervermeidung den Boden entziehen. Wirksam wird das aber nur mit der Europäischen Union gelingen.

Dazu brauchen wir endlich drei Dinge:

1. Ein Öffentliches Transparenzregister:

Die wahren wirtschaftlichen Eigentümer hinter Briefkastenfirmen, Trusts und Stiftungen müssen offengelegt werden und öffentlich einsehbar sein.

Das Europa-Parlament fordert solche Register schon lange, doch die deutsche Bundesregierung und viele EU-Regierungen wollen bisher den öffentlichen Zugang dazu einschränken. Dass sich der geschäftsführende Finanzminister Altmaier gestern dazu positiv äußerte, lässt hoffen. Wir werden ihn in Jamaika beim Wort nehmen. Ebenfalls notwendig ist eine **schwarze Liste mit Steueroasen**, die keine politische Rücksichtnahme kennt.

2. Ein Verbot und hohe Geldstrafen für Geschäfte in Steueroasen:

Allen in der EU tätigen Banken und Firmen muss verboten werden, Geschäfte in Staaten zu machen, die nicht mit den deutschen oder europäischen Steuerbehörden kooperieren. Dazu ist ein Unternehmensstrafrecht notwendig, wie es viele Länder bereits haben. Banken, die sich nicht daran halten, muss die Lizenz entzogen werden.

3. Ein Country-by-country-reporting:

Multinationale Konzerne müssen in öffentlich einsehbaren Länderberichten offenlegen, in welchen Staaten sie aktiv sind und wieviel Umsatz, Beschäftigte, Investitionen, Gewinne und Steuern in dem jeweiligen Land anfallen.

Auch hier wehrte sich bisher unsere Bundesregierung gegen entsprechende Vorschläge des Europa-Parlaments.

Mein dringender Appell geht an den zukünftigen Finanzminister, sich dafür einzusetzen, Steuerflucht in der EU nun ehrlich zu bekämpfen.

Im Übrigen würde eine Gesamtkonzernsteuer innerhalb der EU, eine einheitliche Besteuerung von Konzernen mit verpflichtenden Mindeststeuersätzen, solche Steuertricks durch Gewinnverschiebung in Steueroasen effektiv verhindern.

Sie sehen: Der Europäischen Union kommt hier eine zentrale Rolle zu. Baden-Württemberg als eine der wirtschaftsstärksten Regionen, muss hier ein elementares Interesse haben, dass es eine Europäische Steuerpolitik gibt, die erreicht, dass dort Steuern abgeführt werden, wo die Gewinne gemacht werden.

Wir danken unserer Landesregierung schon jetzt, wenn sie sich aktiv in Brüssel und Berlin dafür einsetzt.

Die neue Bundesregierung hat hier eine große Verantwortung zu übernehmen. Sie muss gemeinsam mit der französischen Regierung die Initiative zu Mehr Europa ergreifen.

Die Vorschläge Macrons für einen Eurozonenhaushalt oder für einheitliche Steuern in der EU müssen aufgegriffen und mit Leben gefüllt werden.

Deshalb ist es wichtig, dass es in Berlin endlich wieder eine Stimme gibt, die auf die französischen Vorschläge konstruktiv reagiert. Denn die Deutsch-Französische Achse bewegt sich nur voran, wenn sich beide Räder drehen und nicht nur eines.

Und dass diese Europäische Union sich nach vorne bewegen muss, zeigen gerade die Paradiespapiere, die nur für Einzelne das Paradies bedeuten, aber für Viele ein Schaden sind.

Herzlichen Dank!